

**Postulat Freitag Charly und Mit. über eine härtere Gangart mit renitenten Asylsuchenden (P 148). Eröffnet am: 19.03.2012 Gesundheits- und Sozialdepartement****Antrag Regierungsrat:** Erheblicherklärung**Begründung:**

Wer in seinem Heimatland nach den völkerrechtlich anerkannten Kriterien bedroht oder verfolgt ist, erhält in der Schweiz Asyl. Dass wir im Gegenzug von den Asylsuchenden erwarten, dass sie Anstand, Hausordnungen in den Unterkünften und vor allem auch unsere Rechtsordnung einhalten, ist legitim. Tatsache ist leider, dass sich ein Teil der Asylsuchenden nicht an Recht und Ordnung hält.

Asylsuchende, die in den Zentren gegen die Hausordnung verstossen und permanent den Hausfrieden stören, werden zur Sanktion aus dem Zentrum weggewiesen. Der Caritas, der Betreiberin der Zentren, ist jedoch kein Fall bekannt, in dem ein Asylbewerber während seiner Wegweisungsfrist straffällig geworden ist. Die Weggewiesenen finden meist Unterschlupf bei Bekannten oder übernachten allenfalls in der Notschlafstelle. Die Wegweisung auf bestimmte Zeit hat sich bewährt und sorgt für mehr Ruhe in den Zentren. Diese Massnahmen sollen beibehalten werden.

Anders sieht es aus bei jenem Teil der Asylbewerbenden die Delikte wie Diebstähle, Tötlichkeiten oder Betäubungsmitteldelikte begehen. Gegenüber der Polizei verhalten sie sich unkooperativ, unanständig und teilweise auch gewaltbereit. Unser bewährtes Rechtssystem, insbesondere das Strafrecht, kommt hier an die Grenzen. Repressionen sind wirkungslos. Ein- und Ausgrenzungen werden missachtet. Die Gruppe der straffälligen Asylsuchenden schadet unserer Gesellschaft. Sie sorgen für Angst, Verunsicherung und grossen Unmut in der Bevölkerung. Ihr Verhalten kann nicht geduldet werden.

Intervention beim Bund

Straffällige Asylsuchende sollen zwingend in den Bundeszentren untergebracht und dort betreut werden. Diese Forderung wurde über die Bundesparlamentarier in die staatspolitische Kommission des Nationalrates eingebracht. Im Weiteren sollen deren Asylgesuche beschleunigt und mit absolut erster Priorität behandelt und entschieden werden.

Die gleiche Forderung wurde auch bei der Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK) eingebracht. Die ZGSDK hat auf unsere Initiative schriftlich bei Bundesrätin Simonetta Sommaruga interveniert. Im gleichen Schreiben wurden noch weitere Forderungen im Asylbereich bekannt gemacht. Ein schnelles Handeln seitens des Bundes ist eingefordert.

Beschäftigungsmassnahmen

Mit gemeinnützigen Arbeitseinsätzen sollen Asylsuchende vermehrt beschäftigt werden. Sie erhalten dadurch eine Tagesstruktur, ihre freie Zeit wird erheblich eingeschränkt. Die Caritas wurde beauftragt, ein Beschäftigungskonzept zu erarbeiten und dieses möglichst schnell umzusetzen. Die Integration renitenter Asylbewerber in die Beschäftigungsprogramme wird jedoch eine sehr schwierige Aufgabe darstellen.

Prüfung gesonderte Unterkunft

Der Regierungsrat ist bisher nicht untätig geblieben. Wir haben uns mit der Thematik von renitenten und straffälligen Asylsuchenden schon einige Zeit eingehend auseinandergesetzt. Wir gehen jedoch davon aus, dass eine gesonderte Unterkunft für renitente, nicht straffällig gewordene Asylsuchende in der betroffenen Gemeinde auf vehemente Opposition stossen dürfte. Wir möchten deshalb von einer gesonderten Unterkunft für diese Personengruppe absehen. Hingegen werden wir wie bisher gegen straffällige Asylsuchende im Rahmen der Möglichkeiten des Strafrechts konsequent vorgehen.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass die heutige Situation mit der Gruppe von renitenten und straffälligen Asylsuchenden nicht geduldet werden darf. Sie stellt für unsere Gesellschaft eine sehr grosse Belastung dar. Diese Asylsuchenden schaden nicht nur unserer Gesellschaft, sie schaden auch der Mehrheit der Asylsuchenden, die sich korrekt verhält. Die disziplinarische Massnahme der Wegweisung auf bestimmte Zeit in den Zentren hat sich jedoch bewährt und steht in keinem Zusammenhang mit verübten Straftaten.

Wie der Postulant sind wir der Meinung, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Darum haben wir uns mit der Problematik bereits seit einiger Zeit intensiv auseinandergesetzt und wie oben ausgeführt, erste Massnahmen eingeleitet.